



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Into Space I: Freiheitszonen für die Weltraumforschung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Bayern die Einrichtung von Freiheitszonen für die Weltraumforschung zu prüfen. In diesen Freiheitszonen sollen günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gelten, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver New-Space-Unternehmen zu erleichtern. Für die Schaffung von Freiheitszonen für die Weltraumforschung sind im Dialog mit der Branche insbesondere Maßnahmen in den folgenden Bereichen zu prüfen:

- Entlastung von bürokratischen Pflichten, vor allem für Unternehmensgründungen: temporäre Vereinfachung oder Aussetzung relevanter Vorschriften (z. B. für einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren), Straffung von Regelungen im Bau-, Arbeits- und Verwaltungsrecht, um Unternehmen in ihrer Entwicklung weniger einzuschränken und schneller wachsen zu lassen
- Beratung: direkte Beratung vor Ort für Gründerinnen und Gründer bei allen Fragestellungen rund um Gründung, Finanzierung, Bürokratieabbau etc., Integration der bestehenden Angebote (BayStartUp, Gründerzentren etc.) in die Freiheitszonen
- Infrastruktur: Bereitstellung von Bauland und Gebäudeinfrastruktur (insbesondere für flächenextensive Unternehmen im Bereich „Satellite Launch“) durch die öffentliche Hand zu günstigen Bedingungen, Nutzung sämtlicher Förderprogramme von Bund und Land (u. a. GRW-Mittel – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) und der EU (z. B. EFRE-Mittel (EFRE = Europäischer Fonds für die regionale Entwicklung) und ELER-Mittel (ELER = Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums)) nutzen
- Steuerliche Entlastungen: Senkung der Einkommens-, Körperschafts- oder Gewerbesteuer für neugegründete Unternehmen in diesem Bereich in den ersten fünf Jahren, zinslose Stundung etwaiger fiskaler Zahlungsverpflichtungen bis zum sechsten Jahr des Unternehmens, jährliche Erfassungen zur Umsatzsteuer seitens der Unternehmen, grundsätzliche Anwendung lediglich des Mindesthebesatzes bei der Gewerbesteuer, Herausnehmen potenzieller Steuererträge aus den Freiheitszonen aus dem kommunalen Finanzausgleich
- Fachkräftegewinnung: lediglich formale Anmeldung sowie keine Vorrangprüfung und keine Einkommensgrenzen für ausländische Fachkräfte

Begründung:

Die Erkundung des Weltalls ist eine Frage der Sicherstellung von hochwertigen Arbeitsplätzen, der Ansiedlung von Hochtechnologie, der Gewährung internationaler Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstandes und ist somit von gesamtgesellschaftlichem Inte-

resse. Sie bietet die Gewinnung neuer Ressourcen und durch Forschung und Entwicklung das Entstehen neuer Technologien, auch in Hinblick auf die zunehmende Weltbevölkerung und den fortschreitenden Klimawandel. Denn Innovationen aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt haben auch immer wieder ihren Weg in den Alltag der Menschen gefunden, siehe z. B. GPS-Satellitennavigation, Magnetresonanztomografie (MRT), digitale Kameras und die Möglichkeit zur genauen Beobachtung des Klimawandels. Staatliche Initiativen finden daher ihre Berechtigung. Die Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Initiativen ist dabei jedoch wichtig. Die private Raumfahrt ist die beste Möglichkeit zur Erkundung des Weltalls, da sie kostengünstiger betrieben wird.

Die Raumfahrtindustrie benötigt aber besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. In verstärktem Maße gilt dies für Unternehmensgründungen. Um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Raumfahrtunternehmen, insbesondere im New-Space-Bereich, zu erleichtern, braucht es noch größere Anstrengungen. Diese Unternehmen müssen in Bayern optimale Rahmenbedingungen erhalten, um international wettbewerbsfähig zu sein.

Die bayerischen Regionen sind auf solche Unternehmen dringend angewiesen. Denn Zukunftstechnologien wie autonomes Fahren und Industrie 4.0 basieren auf Innovationen, die im Weltall verankert oder für die Raumfahrt entwickelt wurden. Sie werden damit die nächsten Jahrzehnte Bayerns in wirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig mitbestimmen und die ökonomische, soziale und gesellschaftliche Lage langfristig prägen.

Mit konventionellen Lösungen der simplen Subventionierung und staatlichen Anreize bei Industrieansiedlungen lässt sich heute allein keine Strukturpolitik mehr betreiben. Um Bayern auch in der Fläche von neuen Technologien profitieren zu lassen und insgesamt – auch in Sachen Gründerkultur – schlagkräftiger zu machen, braucht Bayern Freiheitszonen für die Weltraumforschung. Die Freiheitszonen bilden damit den idealen Ausgangspunkt für Spin-offs der Privatwirtschaft wie auch der Hochschulen, der sie in die Lage versetzt, sich in den ersten Jahren nach ihrer Gründung ganz auf ihr Wachstum konzentrieren zu können.